

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Erscheint täglich früh 6 1/2 Uhr.

Abenden und Expedition Johannisgasse 33.
Sonntags von 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Bestellungen für die nächsten Monate bestimmen...
Preis für 12 Monate 12 Mark.
Preis für 6 Monate 7 Mark.
Preis für 3 Monate 4 Mark.

Auflage 15,500.
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Mark.
Incl. Fracht 5 Mark.
Jahrespreis 16 Mark.
Preis für 6 Monate 9 Mark.
Preis für 3 Monate 5 Mark.

№ 221.

Freitag den 9. August 1878.

72. Jahrgang.

**Besten Abend in der 9. Stunde ist der hiesige Kaufmannslehrling Soter Johann Kestari in der...
erkrankt worden und liegt dringender Verdacht vor, dass er unter fälschlicher Bezeichnung des Verstorbenen, der am 17. März 1864 in Ochrda geborene...
dieser That verübt hat, weshalb wider denselben die Einleitung der Voruntersuchung wegen...
des Verstorbenen in der That und das nach der That aus seiner auf dieser...
Straße gelegenen Wohnung einen schwarzen Anzug und schwarzen Cylinderhut mit fortgenommenen...
Criminal- und Polizeibehörden werden ersucht, auf Fracis Kestari zu fahnden, ihm im Vernehmungsalle...
zu verhaften und Nachricht anzugeben, nicht minder wird Jedermann, welcher über den bermaligen...
Verhalten oder eine Spur desselben etwas anzugeben vermag, ersucht, solches sofort der nächsten Polizei...
behörde anzuzeigen.**

Bekanntmachung.
Die Beuchkraft des Gases im Monat Juli betrug nach den Messungen des Herrn Geh. Rath Prof. Dr. Solbe das 14fache der Normalwärme bei 0,497 spezifischem Gewicht.
Leipzig, den 7. August 1878.

Ultramontan-socialdemokratische Verbrüderung.

Es haben nun die engeren Wahlen begonnen, bei ihrer großen Anzahl (65) noch eine bedeutende Einwirkung auf die Stärke der Parteien im Reichstag ausüben werden. Von ganz besonderem Interesse ist dabei die Haltung der Ultramontanen, welche sich nur in verhältnismäßig sehr wenigen (7) Wahlkreisen in Stichwahl setzen, dafür aber bei einer großen Reihe von anderen Stichwahlen im Ausschlag geben. Die Wählungen, welche von den ultramontanen Centralstellen an die Parteigenossen hinsichtlich des Verhaltens bei den engeren Wahlen ergingen, lauteten bisher sehr zurückhaltend; sie gingen im Wesentlichen dahin, man solle allgemein bindende Vorschriften nicht geben; es solle Alles von den localen Verhältnissen abhängen. Wir von den localen Verhältnissen abhängen. Wir von den localen Verhältnissen abhängen. Wir von den localen Verhältnissen abhängen.

Die socialdemokratisch-ultramontane Wahlverbindungen für die engeren Wahlen ist leider eine nicht zu bezeichnende Thatsache. Es wird in zuverlässigster Weise berichtet, dass in Mainz, in Elberfeld, in Solingen, in München und in Nürnberg, wo nationalliberale gegen ultramontane oder socialdemokratische Bewerber in engerer Wahl stehen, die letzteren beiden Parteien ein vollständiges Cartell geschlossen haben. Während sonst doch wenigstens bei den engeren Wahlen die Solidarität aller auf dem Boden unserer Staats- und Gesellschaftsordnung stehenden Parteien zum Ausdruck kam, macht das Centrum mit der Revolution offen gemeinsame Sache. Und das in einem Augenblicke, wo ernstlich der Gedanke an einen neuen Reichstag, aus dieser Partei eine Stütze des Reiches und der Regierung heranzubilden, und wo die politische Klugheit gebieten würde, die Parteilichkeit, die keine Rücksichten kennt, einigermaßen zurück zu halten. Eine seltsamere Illustration zu den oben erwähnten Thatsachen mit Rom kann es doch nicht geben, als wenn in denselben Tagen socialdemokratische Abgeordnete mit ultramontaner Hilfe und umgekehrt gewählt werden. Mit der gegenwärtigen Majorität, die sich auf die ultramontanen Parteien und das Centrum stützt, wird es noch gute Wege haben, wenn die Herren Lieberich und Hasselmann noch kein Bedenken tragen, die Scherlein dazu beizutragen. Der Herr Lieberich wird noch lange sein Wesen treiben und seine eigenen Wege gehen, auch wenn man sich in Berlin und Rom über die Zweckmäßigkeit des modus vivendi verständigen sollte. Das zeigt sich an dem Entschlusse der Leiter der ultramontanen Agitation, in einem solchen Augenblicke unmissverständlich ein Bündnis mit den Todfeinden des Reiches einzugehen.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 8. August.
Die Berliner ministerielle „Provinzial-Korrespondenz“ öffnet (vgl. Teleg. in vor. Nummer) zum ersten Male nach Constatirung des Reichstages den Mund zu Betrachtungen über die politische und parlamentarische Situation, wie sie sich unter dem Einflusse der neuen Reichsver-

fassung gestalten wird. Das halbamtliche Blatt constatirt die Schiebung nach rechts, die Stärkung der conservativen, die Schwächung der liberalen Parteien und kann selbstverständlich seine Befriedigung über diesen Erfolg nicht verschweigen. Allein es klingt doch merklich gedämpfter aus den Spalten des officiellen Blattes, das Wochen lang so lustig und kräftig zum Streit gerufen hatte. Siegesfreude und Jubel ist sicherlich nicht die Tonart dieser officiellen Wahlbetrachtung. Es wird eingestanden, dass trotz des Anwachsens der conservativen Parteien sich zu einer parlamentarischen Majorität doch wieder dieselbe Parteigruppierung zusammensuchen muss wie früher. „Die nationalliberale Partei wird immerhin einen bedeutenden Einfluss auf die weitere Gestaltung der Reichsverhältnisse im vertrauensvollen Zusammengehen und in freier Verständigung mit den neu erklärten conservativen Parteien zu üben vermögen“; d. h. correcter ausgedrückt: die Regierung ist nach wie vor gezwungen, die Verständigung mit der nationalliberalen Partei zu suchen, die parlamentarische Situation bleibt im Wesentlichen dieselbe wie die während der Reichstagsarbeiten, die aber die Aufgabe des Reichstages hat ihren Zweck der Hauptsache nach verfehlt. Wenn das ministerielle Organ fortfährt: „Die wichtigsten grundlegenden Schritte der Gesetzgebung im Norddeutschen Bunde und im Deutschen Reich sind unter ähnlichen Verhältnissen zwischen den Conservativen und Nationalliberalen vereinbart worden, — warum sollte ein gleich erfolgreiches Zusammenwirken jetzt nicht möglich sein?“ — so antworten wir: Das wird trotz Allem, was vorgefallen, möglich sein und erreicht werden müssen. Wenn aber das vertrauensvolle Zusammengehen“ und die „freie Verständigung“ erspart werden, so hat die conservative Dege gegen die nationalliberale Partei und die „Provo. Corresp.“ selbst einen guten Theil der Schuld daran, und mit der Entschönerung des vertrauensvollen Zusammengehens sind die paar gewonnenen conservativen Sitze viel zu theuer erkaufte. Die „Provo. Corresp.“ hatte sich seit Wochen nicht mehr erinnert, dass die Nationalliberalen an den wichtigsten grundlegenden Schritten der Gesetzgebung einen hervorragenden Antheil gehabt und die Regierung wesentlich unterstützt haben. Jetzt fällt es ihr auf einmal wieder bei und wir wollen diesen Fortschritt constatiren.

Aus Berlin wird gemeldet, dass die vereinigten Conservativen des Reichstages beabsichtigen, das Präsidium ausschließlich mit Männern ihrer Richtung zu besetzen. Vor Allem kommt es ihnen darauf an, Max v. Jordenstedt und den Freiherrn Schenk v. Stauffenberg zu verdrängen, schon weil sie Beide in Rede standen, als vor nicht langer Zeit der Kanzler Fürst Bismarck die Regierung durch liberale Persönlichkeiten verstärken wollte, und weil inzwischen der Wille des Kanzlers erkennbar geworden ist, lieber allen übrigen Parteien als gerade den vereinigten Liberalen Vorschub zu leisten. Wir bekommen nach dem vorläufigen Calcul der Conservativen einen freiconservativen Präsidenten (!), einen deutsch-conservativen ersten und einen freiconservativen zweiten Vicepräsidenten! Der Liberalen Herrlichkeit, wie ein gubernementaler Stürmer und Dränger sich ausdrückt, soll und muss auch äußerlich eine Ende gemacht werden. — Für den Fall, dass bis zur Reichstagseröffnung das Centrum ungenügend zu erkennen gegeben hätte, die conservative Sache im Sinne der Kanzlerpolitik zu unterstützen, würden die Conservativen nicht abgeneigt sein, die Stelle des zweiten Vicepräsidenten, die vorläufige freiconservativen zugeordnet ist, an einen Liberalen zu vergeben. Das Centrum würde aber wohl den Anspruch haben, im Präsidium sich durch den ersten Vicepräsidenten vertreten zu sehen, und die Forderung wäre an sich nicht unbillig, denn die Liberalen verfügen über eine sehr ansehnliche Zahl von Stimmen. Den hohen Rath der conservativen Wähler beherrscht, wie sich aus vorläufigen Andeutungen schließen lässt, mehr der fromme Wunsch, als der logische Gedanke und der Respekt vor den Thatsachen. Man hat die Liberalen tödtlich gehasst, und deshalb sollen sie auch wirklich tödtlich sein;

Bekanntmachung.

Die Entschädigung für die in der Zeit vom 24./25. Juni bis mit 6. Juli dieses Jahres im alten Wusthof, an der Alexander-, Canal-, Central-, Colonnaden-, Dorstheer-, Elster-, Erdmannstraße, am Fleischergplatz, an der Frege, Gustav Adolph-, Festung-, Herwig-, Wendelschönstraße, am Rausdorfschen, an der Promenadenstraße, an der Pleiße, Fontanowaldstraße, am Rausdorfschen Steinweg, an der Rudolph-, Seiten-, Wald-, Werk- und Zimmerstraße alhier einquartiert gemessenen Wohnungs-Wohnstätten vom Königlich Sächsischen 8. Infanterie-Regiment „Prinz Johann Georg“ Nr. 107 kann in den nächsten 8 Tagen bei unserem Quartieramt, Rathaus 2. Etage, erhoben werden.
Der den Quartierstellen Beisitzende gilt zur Empfangnahme berechtigt.
Leipzig, den 3. August 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georg. Lamprecht.

Bekanntmachung.

Die auf Schloß Rickwig bei Wurzen verstorbene Frau Amalie Caroline Jacobine Louise von Rinkenbergh geb. von Krausened hat dem hiesigen Museum aus ihrer Sammlung zwölf Gemälde letztwillig geschenkt. Für diese reiche Zuwendung rufen wir der Verehrten hiemit unsern herzlichsten Dank öffentlich nach.
Leipzig, am 5. August 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Wesserschmidt.

aber sie leben nicht bloß, sondern sie haben sogar recht viel vor und das werden zu allererst im Reichstage die Conservativen an sich erfahren. Ueberhaupt wird das parlamentarische Chaos viel hochinteressante Momente bringen, schon weil die Sessien mit Wahlprüfungen anhebt und weil ferner nicht ausgeschlossen ist, dass sich der Reichstag zu einer Adresse an den kaiserlichen Stellvertreter verhält. Schon hierdurch wird die officiële Politik hinsichtlich des Socialistengesetz werde für das Parlament den einzigen Verhandlungsgegenstand bilden. Es ist, von den drei genannten Dingen abgesehen, zu erwarten, der Reichstag werde aus eigener Initiative auch Anträge und Interpellationen stellen, schon damit er ersieht, wie die Intentionen der Reichsregierung beschaffen sind.

Zu einer stärkeren Betheiligung reichthümer Wähler an der diesmaligen Reichstagswahl wird unweifelhaft der Ruf beigetragen haben, den Anfangs Juli die Vorsteher zahlreicher Kriegervereine gemeinschaftlich erließen. Diese Vereine treiben keine Parteipolitik, sie haben aber auf dem Boden der großen nationalen Erregungsschäften von 1870—71, den sie durch keine Wählerlei untergraben lassen wollen. Die Attentate auf den Kaiser mußten gerade in den Reihen ehemaliger Soldaten die höchste Entschlossenheit hervorrufen; ihre gab jene Aufforderung zum „Anreten am Wahltag“ Ausdruck, indem sie ihre Spitze lediglich gegen Reichsfeindschaft und Vaterlandslosigkeit, vor Allem gegen die Socialdemokratie richtete, der die Kriegervereine mit ihrer breiten und tiefen Verwurzelung nach unten hin von jeher eine sehr unbedeutsame Schranke gewesen sind. In natürlicher Anknüpfung an diesen Vorgang soll nun auf dem jüngsten allgemeinen deutschen Kriegertag, der am 10. August in Gießen seinen Anfang nehmen wird, darüber Erörterung gepflogen werden, welche patriotische Aufgabe die Kriegervereine reichsfeindlichen Bestrebungen gegenüber zu erfüllen haben. Aber Dies wird nicht die einzige allgemeine interessante Verhandlung des Kriegertages sein. Er hat außerdem auf seiner Tagesordnung auch die Frage, wie sich alle deutschen Kriegervereine-Verbände organisirten zusammenfassen lassen. Gegenwärtig sieht es damit so, daß ungefähr ein Drittel der Gesamtheit dem von Berlin aus geleiteten Krieger-Bunde angehört, ein zweites Drittel der jetzt nach Gießen einladenden Krieger-Kameradschaft, und das letzte Drittel sich in kleinere selbstständige Verbände zertheilt. Es wäre ohne Zweifel mannichfach ersprießlich, der Einheit der deutschen Krieger und des Nationalgefühl entsprechend auch eine einheitliche, gut geleitete, obgleich der freien Bewegung im Einzelnen Spielraum lassende Organisation für sämtliche Kriegervereine zu haben. Man darf daher dem wiederholten redlichen Bestreben, solche Einigung herbeizuführen, alles Glück wünschen.

Immer klarer stellt sich heraus, wie sehr auf das Ergebniß der Reichstagswahl die in conservativem Sinne von amtlicher Seite geübten Wahlbeeinflussungen eingewirkt haben. Die Verluste der nationalliberalen Partei, welche dieselbe bisher in den diesmaligen Reichstagswahlen erlitten hat, beschränken sich im Wesentlichen auf diejenigen Gegenden, in welchen der amtliche Beeinflussungsapparat am wirksamsten fungirte. Das Material für die Proteste ist denn auch bereits ein recht ansehnliches und es darf in Betreff einer Reihe von Kreisen mit Bestimmtheit angenommen werden, daß der Reichstag, wenn er nicht seine bisherigen Grundsätze aufgibt, die Ungültigkeit der Wahlen ausspricht. Amtliche Bekanntmachung der conservativen Candidaten, Zettelanstalten durch Gendarmen, Polizeibeamte, Kreissecrétaires, Zettelanstalten in der Kirche, Empfehlung der Candidaten von der Kanzel herab: alles Dies ist geradezu epidemisch betrieben worden. So zeigt es sich denn in den östlichen Provinzen Preußens im Gegenjag zum Westen Deutschlands und auch zu den neuen Provinzen, wo jener junkerliche Apparat

nicht von früher her Übung und Gewandtheit hat, was sich mit solchen Mitteln erreichen läßt.

In Elberfeld hat bei der Stichwahl der Socialdemokrat Hasselmann mit 15,218 Stimmen über den nationalliberalen Candidaten Prell, der nur 14,101 Stimmen erhielt, gesiegt.

Der Kaiser von Oesterreich ist am Mittwoch früh 8 Uhr in Teplitz eingetroffen und an dem festlich geschmückten Bahnhof von dem Vertreter des deutschen Kaisers, General-Lieutenant v. Steinäder, dem Fürsten Clary, der Fürstin Kabinowill und anderen hohen Herrschaften, sowie von der Geislichkeit, dem Officiercorps und den Spitzen der Behörden empfangen worden. Der Kaiser dankte dem Bezirkskommandant Stör und dem Bürgermeister Ober für den ihm bereiteten schönen Empfang und sprach seinen besonderen Dank dafür aus, daß die Stadt Teplitz dem Kaiser Wilhelm einen ebenso tactvollen wie herzlichen Empfang bereitet habe; es habe Dies, erklärte der Kaiser, ihm sehr wohl gethan. Vom Bahnhofe aus fuhr der Kaiser unter dem enthusiastischen Jubel einer großen Menschenmenge unter dem Gelächte der Gloden und den Klängen der Volkshymne durch die auf Reichsfeindschaft gerichteten Straßen, in welchen die Vereine, die Pölgelste und die Schulfugend Spalier bildeten, nach dem Hotel „Zur Post“. Hier empfing der Kaiser den Adel, die katholische und evangelische Geistlichkeit, Officiere, Beamte aller Behörden, Mitglieder der Bezirks- und Gemeindevertretung, sowie der israelitischen Cultusgemeinde u. s. w. Um 10 Uhr nahm der Kaiser das Frühstück beim Fürsten Clary ein. Um 11 1/2 Uhr stattete derselbe dem Kaiser Wilhelm seinen Besuch ab, bei welchem um 4 Uhr auch das Diner stattfand. Die Zwischenzeit ist der Beschäftigung der Wäber, der Spinnler und Schützen gewidmet.

„Der Wind ist, wird Sturm eint“, steht in der Bibel, und Graf Andrássy hat bezüglich Bosniens so viel Wind gefächelt, daß, wenn die Saat einigermaßen aufgeht, der daraus entstehende Sturm vielleicht nicht nur ein paar Tausend braver Soldaten, sondern auch ein Stück der heutigen österreichisch-ungarischen Staatsverfassung, möglicherweise auch ihn selbst aus seiner heutigen Stellung wegweisen wird. Seine Schuld ist es, daß die österreichisch-türkische Convention nicht zu Stande gekommen ist, die im Westen Oesterreich Alles gebracht hätte, was es vorläufig im Orient holen will, ihm aber die Kaiserin seiner guten Soldaten mit den sanftmüthigen Muselmanen erspart haben würde. Daß es zu diesen Kaufereien kommen werde, mußten seit Wochen alle Leute in Wien, die überhaupt Verbindung mit dem südböhmischen Reich hatten; Graf Andrássy wird es also wohl auch gewußt haben, und die Frage drängt sich auf: warum Graf Andrássy die Menschenleben — einerlei ob Hunderte oder Tausende — welche die Erwerbung Bosniens und der Herzegovina kosten wird, lieber opfern als schonen gewollt habe. Diese Frage beantwortet sich leicht genug. Der Berliner Vertrag überträgt Oesterreich-Ungarn nur die vorläufige Besetzung und Verwaltung, keineswegs den tatsächlichen Besitz, die Oberhoheit Bosniens und der Herzegovina. Die Türkei konnte somit, wenn sie die Vereinbarung mit Oesterreich wirklich traf, die zu treffen sie sich im Berliner Vertrag ausdrücklich vorbehalten hatte, von der ausdrücklichen Anerkennung der Souveränität der Porte nicht abgehen. Das behagte dem Grafen Andrássy nicht, der vielmehr mit einem Streich in den vollen Besitz der vielgenannten bisher türkischen Länder treten wollte. Darum wußte er die türkische Absichtliche Vereinbarung in... Hand zu fassen. Die Türkei konnte nichts Anderes thun, als namentlich ihre Truppen aus Bosnien und der Herzegovina zurückziehen, statt, wie es andernfalls geschehen wäre, dieselben bis zur Ankunft der Oesterreicher in den einzelnen Ortlichkeiten zu belassen. Daß nach Braggung des türkischen Militärs der Balkanstand losbrechen würde, wußte man in Wien je gut wie in Konstantinopel. Wenn nun Jemand das für verant-